Junge Welt / 24.09.2026 / Thema / Seite 12

Weltpolizist in Bedrängnis

Die »freie Konkurrenz«, zu der die USA alle verpflichtet haben, lässt Rivalen aufsteigen. Im Kampf um die Fortdauer ihrer Hegemonie unterminieren die Vereinigten Staaten die Prinzipien ihrer Weltordnung. Die Rolle des Dollars als Weltgeld (Teil 2 und Schluss)

Von Renate Dillmann

Seit dem als »Ende der Geschichte« deklarierten Sieg der USA im »Kalten Krieg« beherrscht der zunehmend finanzgetriebene US-Kapitalismus ab 1990 tatsächlich »eine«, nämlich eine »globalisierte Welt«, die dem westlichen Kapital – mit Ausnahme von für die Weltwirtschaft vernachlässigbare, aber um so heftiger angefeindete Länder wie Nordkorea und Kuba – komplett für sein Business offensteht. Die US-Unternehmen haben weltweit Zugriff auf billige Rohstoffe. Ihre Bevölkerung und die der anderen westlichen Staaten wird mit billigen Waren, die mehr und mehr aus China kommen, beliefert – so können die Löhne niedrig bleiben und selbst Bürgergeld-, bzw. Grundsicherungs-Empfänger überleben.

Gleichzeitig können sowohl US-Firmen wie die US-Regierung davon ausgehen, dass ihnen permanent Geld aus der ganzen Welt zufließt. Schließlich können Anleger gar nicht grundlegend schief liegen, wenn sie auf US-Aktien oder US-Staatsanleihen spekulieren. Sie setzen damit letzten Endes immerhin auf die Weltmacht, die allen anderen ökonomisch wie militärisch haushoch überlegen ist, im Ernstfall ihren Erfolg also erzwingen kann.

Die weltweit wichtigen industriellen Produktionsstandorte – denn tatsächlich braucht es auch im Zeitalter des finanzgetriebenen Kapitalismus noch die Herstellung von Produkten, von denen die Menschen materiell leben können – liegen in Japan, Deutschland und zunehmend in China. Aus Sicht der US-Unternehmen ist das weiterhin kein Problem: In Europa, besonders aber mit der »Werkbank der Welt« verdienen sie extrem gut. Nicht nur Apple macht mit Hilfe seiner Investitionen im Reich der Mitte satte Gewinne, wobei sowohl die billigen Löhne wie die langsam entstehende Zahlungsfähigkeit dort ausgenutzt werden.

Einige Jahrzehnte lang konnten die USA ihre Sonderstellung nutzen: Der Weltgeldqualität ihrer Währung brachte ihnen nicht nur einen ökonomischen Sondervorteil, sondern war auch Mittel und Garant beim Ausbau ihrer militärischen Dominanz. Damit brachten es die USA zwischen 1990 und 2020 de facto zu einem Weltgewaltmonopol. Ihre Kriege, der 1. Golfkrieg, Jugoslawien, Afghanistan, der 2. Golfkrieg, bis auf den ersten übrigens allesamt Verstöße gegen das Völkerrecht, waren »Weltordnungskriege«, die vom

Standpunkt unbestrittener Überlegenheit als »Einsätze« eines »Weltpolizisten« geführt wurden und der Welt deutlich machten, dass die Vereinigten Staaten jeden zum Schurken erklärten Staat in Schutt und Asche bomben können – das war ihr unipolares Moment.

In der Bilanz brachten diese Kriege den USA zwar den ein oder anderen politischen oder ökonomischen Nutzen ein. Das konnte ein US-Militärstützpunkt im Kosovo sein, Mitspracherecht über das irakische Öl und dergleichen. Ansonsten aber blieb das Resultat zweifelhaft: zerrüttete Staaten bzw. ganze Weltgegenden, in denen sich schnell (wieder) antiamerikanischer Widerstand formierte (wie etwa vom IS und den Taliban) – und eine Menge Staatsschulden. Michael Fuchs, Direktor der Open Society Foundation, beziffert die Kosten dieser Kriege auf acht Billionen US-Dollar.[1] Allerdings: Dank des Petrodollar-Systems und des Ankaufs von US-Staatsschulden durch Japan und immer mehr auch China, das seine am Weltmarkt verdienten Dollars in US-Anleihen anlegte und so seine eigene Währung »unterfütterte«, blieb das erst einmal ohne größere Konsequenzen.[2]

Aufstieg der Konkurrenten

Ab dem Jahr 2000 löste Wladimir Putin in Moskau Boris Jelzin ab – und damit eine russische Regierung, die mehr oder weniger zum Spielball des Westens geworden war und den Ausverkauf der Ressourcen des Landes zugelassen hatte. Putin konsolidierte die russische Wirtschaft auf Basis des Öl- und Gasgeschäfts und machte die Oligarchen, die sich in den »wilden Jahren« nach dem Ende der UdSSR Betriebe und Ressourcen angeeignet hatten, mit einer Kombination von Angeboten (Legalisierung ihrer Praxis) und Druck (gegen Einmischung in die Politik und auch unerwünschten Ausverkauf weiterer Ressourcen) zu national produktiven Kräften. Der russische Staat trat in Georgien (2008) und in dem vom Westen befeuerten Krieg in Syrien (ab 2015) wieder als Macht auf, die in Rechnung zu stellen ist.

Die EU führte ab 1999 den Euro ein – erklärtermaßen, um dem Dollar als Weltgeld Konkurrenz zu machen[3], also eine der wesentlichen Stützen der US-Macht zu schwächen. Jede der europäischen Währungen, selbst die starke D-Mark, war für sich genommen quantitativ (bezogen auf den Umfang der in dieser Währung stattfindenden Geschäfte) schlicht zu klein für ein solches Unterfangen. Die polit-ökonomische Neuheit einer Gemeinschaftswährung bedeutete zwar für die beteiligten Staaten einen Verzicht auf ein wesentliches Mittel ihrer staatlichen Souveränität und trägt einige Widersprüche in sich. Sie eröffnete den europäischen Führungsnationen allerdings auch neue Möglichkeiten ihrer Konkurrenz, während die »Weichwährungsländer« vor allem auf die Aussicht setzten, sich günstiger verschulden zu können. Auch wenn zunächst nur elf der damals 15 EU-Staaten beim Euro-Projekt mitmachten, konnte sich der Euro auf einen Markt von 370 Millionen Einwohnern stützen, wobei die von Deutschland durchgesetzten strengen Vorgaben für die Neuverschuldung der teilnehmenden Staaten (»Maastricht-Kriterien«) seine Stabilität als Mittel der Durchsetzung gegen den US-Dollar garantieren sollten.

Vor allem aber stieg China, das 2003 nach langen Verhandlungen der WTO beitrat, zur wirtschaftlichen Großmacht auf. Obwohl in der Finanzkrise von

2008 selbst hart getroffen, zeigte sich das Land durch gigantische staatliche Konjunkturmaßnahmen im Umfang von umgerechnet circa 586 Milliarden US-Dollar, die in Flughäfen, Eisenbahnen, Straßen und den Bau von Wohnraum investiert wurden, als »Konjunkturlokomotive für die Welt«. Beim Internationalen Währungsfonds verhinderten die USA ein größeres Mitspracherecht Chinas bei der Vergabe von IWF-Krediten. Damit verweigerten sie der Volksrepublik die Anerkennung ihrer gewachsenen Bedeutung für die Weltwirtschaft. Der Ärger darüber war eines der Motive für die formelle Gründung der BRICS im Jahr 2009, einer Gemeinschaft von Staaten, die sich von der bisherigen Dollar-Weltordnung benachteiligt sehen, und die inzwischen zehn Staaten umfasst. Neben den Gründungsstaaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika sind das mittlerweile auch Ägypten, Äthiopien, Indonesien, Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate.

2013 rief der chinesische Präsident Xi Jinping die »Neue Seidenstraße« (Belt and Road Initiative) aus, ein riesiges Infrastrukturprojekt in Asien, Afrika und Südamerika. Es soll Chinas Exporte unter anderem mit sechs parallel laufenden Eisenbahnverbindungen Richtung Europa gegen Boykottmaßnahmen der USA absichern und den chinesischen Unternehmen neue Handels- und Investitionsmöglichkeiten erschließen. Zur Finanzierung gründeten die Chinesen die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB), zu der sie alle Staaten einluden und der sich – sehr zum Unwillen der USA – bis heute 111 Staaten angeschlossen haben, darunter auch viele westliche. Die Volksrepublik selbst ist mit fast 30 Prozent größter Anteilseigner. Mit diesen Projekten will China unter anderem seinen gigantischen Schatz an US-Dollar-Devisen, der zu einem großen Teil in US-Staatsanleihen angelegt war (1,3 Billionen US-Dollar im Jahr 2013), produktiv loswerden. Was in den Jahren des Aufstiegs als Ausweis der Werthaltigkeit der chinesischen Währung gebraucht wurde, gilt nun als Belastung, auch, weil der hemmungslose und »unökonomische« Gebrauch, den der US-Staat in Kriegen und Krisen von seiner Währung machte, sie mehr und mehr entwertete.

Die Volksrepublik benutzt deshalb die durch ihren erfolgreichen Kapitalismus verdienten Dollars für weitere (kreditfinanzierte) Erschließungsmaßnahmen, die Staaten in Süd- und Zentralasien, aber auch Afrika und Südamerika wirtschaftlich entwickeln und politisch auf China beziehen sollen. Gleichzeitig werden damit die bisherigen Überseehandelswege durch kontinentale Routen ergänzt und strategisch abgesichert. Dazu tritt – auch wegen des Klimawandels – die Möglichkeit des Auf- und Ausbaus der neuen Nordostpassage, also des Seewegs durch das Nordpolarmeer. Bis zum Sommer 2026 waren die US-Staatsanleihen in China bereits auf 633 Milliarden Dollar abgeschmolzen. Nachdem die Volksrepublik jahrelang der »Topfinanzier« der USA war (und auf diese Art und Weise auch die US-Kriege in Afghanistan und gegen den Irak ebenso wie Hunderte von Milliarden, die in die US-Aufrüstung fließen, ermöglicht hat), liegt China nun hinter Japan (1,2 Billionen) und Großbritannien (890 Milliarden) auf Platz drei.

Während Russland vor allem als politische und militärische Größe Berücksichtigung verlangt, greifen die EU mit ihrem Euro und China mit seinen Produktivkräften die ökonomische Basis der US-Macht an. So sieht es jedenfalls das Imperium und reagiert auf diese Veränderungen, indem es die

Kapitalakkumulation im Land neu in Schwung bringen will und seinen Konkurrenten den Kampf ansagt.

Zum Dollar zwingen

2015 hoben die USA das Exportverbot für US-Öl und -Gas auf. Von da an wurde das Land auf der Basis der neuen Fracking-Technologie mit all den Rücksichtslosigkeiten gegenüber Menschen und Umwelt, die zu einem solchen Programm selbstverständlich dazugehören, zum weltgrößten Ölexporteur. Rohöl, Erdölprodukte und Flüssigerdgas sind inzwischen die wichtigsten US-amerikanischen Exportprodukte. Gleichzeitig versucht das Weiße Haus mit einer Mischung aus Erpressung (vor allem durch Zölle) und lukrativen Angeboten, im Inland eine Reindustrialisierung in Gang zu setzen. Heimische Unternehmen sollen ihre ausländischen Produktionsstandorte zurück in die USA verlegen und ausländische Firmen sollen durch Zolldrohungen, Steuervorteile und niedrige Energiekosten in die USA gelockt werden – etwa durch Joseph Bidens »Inflation Reduction Act« von 2022.

Der Ukraine-Krieg wurde von den USA unter Präsident Biden vor allem deshalb befeuert und der osteuropäische Staat als Stellvertreter aufgebaut, um Russland als möglichen Verbündeten der Volksrepublik China zu schwächen. Er wurde zugleich genutzt, um Russlands Energiegeschäft zu dezimieren, das eigene aufzuwerten und die Europäer, vor allem Deutschland, von ihrem Zugriff auf billige russische Rohstoffe zu trennen.

Schon früher wurden sämtliche Versuche von Ölförderländern, anders als in US-Dollar zu fakturieren, hart bestraft. Es gibt Deutungen des Irak-Kriegs von 2003 – der als Teil des »Anti-Terror-Kriegs« ausgegeben wurde, obwohl die Iraker mit dem Anschlag vom 11. September nichts zu tun hatten und auch nicht dabei waren, »Massenvernichtungswaffen« zu entwickeln, wie der US-Außenminister Powell vor der UNO behauptet hatte (was er auf dem Sterbebett bereut haben soll) –, dass der Hauptgrund darin lag, dass Saddam Hussein sich der Todsünde schuldig gemacht hatte, seine Ölverkäufe ab dem Jahr 2000 in Euro abzuwickeln. Libyens Führer Muammar Al-Ghaddafi ging 2009 noch weiter und plante die Ablösung des Petrodollars durch eine neue goldgedeckte panafrikanische Währung, den Gold-Dinar. Das Ende beider Herrscher ist bekannt – und ebenso, welch »annehmliche« Zustände für die jeweiligen Bevölkerungen die »Befreiung« ihrer Länder mit sich gebracht hat.

Auch die Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduros ist in diese Reihe von Beispielen einzuordnen. Seit 2017 hatte das venezolanische Ölministerium den Handel auf Yuan umgestellt. Das wurde von Washington umgehend rückgängig gemacht: »Seit der Entmachtung Maduros wird das Ölgeschäft des südamerikanischen Landes wieder fest in US-Dollar betrieben. Die US-Regierung verkauft einen Teil des venezolanischen Öls selbst und überweist einen Teil der Einnahmen an die Regierung in Caracas, alles in US-Dollar, natürlich.« (*Der Standard*, 11.4.2026) Und Lindsey Graham, inzwischen dahingeschiedener US-Senator aus South Carolina, formulierte als wichtiges Ziel des Krieges gegen den Iran: »Eine Gefahr, die von diesem ganzen Debakel ausgeht, besteht darin, dass es dem Dollar schaden wird, wenn wir zulassen, dass Öl in der chinesischen Währung gehandelt wird.« (ebd.)

Selbstverständlich geht es in diesen Fällen nicht nur um die Frage, in welcher Währung das Öl- bzw. Gasgeschäft abgewickelt wird. Die USA beanspruchen ebenso selbstverständlich, dass sie über die Verwendung der fossilen Brennstoffe (An wen wird verkauft? Was wird mit den Erlösen finanziert?) mitzuentscheiden haben. Damit maßen sie sich an, die Konkurrenz auf einem ziemlich hohen Level entscheidend zu moderieren, um es vorsichtig zu formulieren. Dass etwa die Konkurrenten Deutschland und China relativ günstig auf Energie zugreifen konnten, war aus US-Sicht ein nicht hinzunehmender Wettbewerbsvorteil, den sie ausschalten wollten. Im Fall der Nord-Stream-Pipeline ist das mit Ansage gelungen und auch in Venezuela haben sich die USA durch die Entführung Maduros Verfügungsrechte über den Ölverkauf verschafft. Im Iran-Krieg ist es eines der (bisher nicht erreichten) Kriegsziele, den Fluss von iranischem Öl nach China zu behindern. Nicht zuletzt nehmen es die Vereinigten Staaten diversen Staaten bis heute übel, dass sie ihre Öl- und Gasindustrie in Gegnerschaft zu den USA nationalisiert und die US-Unternehmen aus dem Geschäft gedrängt oder ihnen schlechte Bedingungen eingeräumt haben. Das alles spielt ebenfalls eine Rolle, wenn man auf Rivalitäten der »Staatengemeinschaft« blickt.

Aber sehr weit oben rangiert die Frage des »Petrodollars« – also die, in welcher Währung das Weltenergiegeschäft abgewickelt wird. Sie ist für die Freiheit der US-Politik beim Umgang mit ihrer Verschuldung enorm wichtig – gerade wegen der zuverlässigen Nachfrage nach riesigen Dollartransfers (allein der physische Verkauf von Öl liegt täglich bei etwa zehn Milliarden US-Dollar; rechnet man alle Formen von Spekulation rund um das »schwarze Gold« dazu, dann geht es um 200 bis 300 Milliarden).

Die Konkurrenz weicht aus

Nachdem die USA Änderungen in den meisten Fällen brachial verhindern konnten, kommt die Ablösung des US-Dollars nun allerdings als Folge der vom Westen ausgerufenen Sanktionen gegen Russland in Schwung. China importiert inzwischen fast die Hälfte der russischen Ölverkäufe und deckt damit 23 Prozent seines Bedarfs; beim Gas sind es 30 Prozent. Das Geschäft wird zu 99 Prozent in Yuan oder Rubel abgewickelt. Das Öl- und Gasgeschäft zwischen Russland und Indien wird in Rubel oder einem Rupien-Rubel-Mechanismus abgerechnet; der Umfang beträgt etwa 70 Milliarden Dollar. Und so weiter. China hat für interessierte Staaten und Unternehmen ein eigenes Zahlungssystem entwickelt (Cross-Border Inter-Bank Payment System), um künftig Störungen im Zahlungsverkehr – wie im Falle des Ausschlusses Russlands aus dem Bankenkommunikationssystem SWIFT – vermeiden zu können.

Gleichzeitig verkaufen sich die US-Staatsanleihen längst nicht mehr reibungslos. Auch hier hat der Ukraine-Krieg mit der Beschlagnahmung der russischen Konten eher »demotivierend« gewirkt: Die Gläubiger der Vereinigten Staaten müssen sich fragen, was sie im Falle eines Falles an »Wert« in der Hand haben. Daneben wirken Inflationsargumente und eine zunehmende Beunruhigung über die schiere Höhe der US-Schulden, die seit 1990 von vier Billionen auf 40 Billionen angestiegen sind. In den letzten zehn Jahren haben sie sich verdoppelt, das heißt, der Anstieg beschleunigt sich extrem. Zudem beanspruchen die großen KI-Kapitale enorm viel Kredit für ihre Konkurrenz

gegen China und treten auf den Anleihemärkten als Konkurrenten des Staats auf. »Die Märkte« trotzten in den vergangenen Wochen mehreren Versuchen des US-Finanzministeriums, die Anleihezinsen nach unten zu drücken. Mit dem vorläufigen Resultat, dass die USA aktuell drei Milliarden Dollar für Zinsen zu zahlen haben – täglich. Umgekehrt treibt diese Entwicklung den Finanzbedarf des Finanzministeriums immer schneller hoch.

Im April 2026 – nachdem der Iran auf den Angriff der USA mit Attacken auf die Golfstaaten reagiert und die Straße von Hormus gesperrt hatte, was heftige Einbrüche der Finanzmärkte dieser Länder zur Folge hatte – richtete die amerikanische Notenbank FED auf Vorschlag des Finanzministers Scott Bessent eine Swap-Linie für diese Staaten (vor allem die Vereinigten Arabischen Emirate) ein, zunächst auf 5,4 Milliarden Dollar begrenzt, mit der Option auf eine unbegrenzte Liquiditätsbereitstellung (Swaps sind Vereinbarungen über den Austausch zukünftiger Zahlungsströme, *jW*). Im Juli 2026 unterstützten die USA Japan beim Kampf gegen ein weiteres Sinken des Yen-Kurses in einer als »historisch« bezeichneten gemeinsamen Aktion zur Stützung der Währung. In beiden Fällen war das Vorgehen der US-Politik vor allem durch die Sorge bestimmt, dass die betroffenen Staaten ihre Notlagen mit dem Verkauf von US-Staatsanleihen bewältigen würden. Die US-Politik, die sich früher auf eine stetige Nachfrage nach ihren Anleihen und damit auf den Zufluss neuer Finanzmittel aus der ganzen Welt verlassen konnte, steht auf diesem Feld also vor einigen Problemen.

In diversen Finanzforen wird behauptet, dass die USA sich aus dieser für sie misslichen Situation dadurch befreien wollen, dass sie Alliierte und Freunde zum Behalten bzw. Kaufen von US-Staatsanleihen zwingen werden. Das wäre der Übergang von den bisherigen Angeboten, die auch den Anleihekäufern nutzten, zu einer neuen Form von Tributzahlungen. Ähnliche Ideen lanciert US-Präsident Donald Trump in anderen Bereichen: Demnach will er für die US-Stützpunkte ebenso rückwirkend Geld verlangen wie für die Hunderte Milliarden US-Dollar Militärhilfen an die Ukraine, die diese – das heißt natürlich an erster Stelle die EU – zurückzahlen soll.

Kampf mit allen Mitteln

Die Geschichte der produktiven Symbiose von militärischer Gewalt und Dollarmacht, mit der die Vereinigten Staaten seit 1945 in besonderer Art und Weise von der Ausnutzung der Welt profitieren konnten, zeigt, wie nützlich ein Weltkrieg für eine kapitalistische Großmacht sein kann. Während in Europa und Asien Dutzende Millionen Menschen starben und die Kontinente zu großen Teilen verheert wurden, schrieb die siegreiche Macht Erfolgsgeschichte.

Eben die wird jetzt durch den Aufstieg von Rivalen in der von den USA selbst geschaffenen Weltordnung an einigen entscheidenden Stellen in Frage gestellt. Dagegen kämpfen die Vereinigten Staaten gerade an allen Fronten und mit allen Mitteln. Sie sind dabei ohne weiteres bereit, die bisher geltenden Prinzipien ihrer Ordnung – anerkannte souveräne Staaten konkurrieren in einer Welt des offenen Handels- und Kapitalverkehrs um ihren eigenen Nutzen – über Bord zu werfen, wenn sie ihnen nicht mehr nützlich sind. Damit stellen sie klar, wie sehr die heiligen »Werte« und »Regeln« des Westens Mittel des US-amerikanischen Nutzens zu sein haben – ansonsten relativiert sich ihre

Nützlichkeit (und damit auch ihre Unantastbarkeit) für eine irgendwie berechenbare »friedliche« Konkurrenz umgehend.

Gleichzeitig unterminieren die Mittel, die sie in diesem Kampf einsetzen, die von ihnen selbst durchgesetzten Grundlagen des weltweiten Geschäfts. Die Souveränität von Staaten wird angegriffen, Verträge werden heute geschlossen und morgen gebrochen, Zölle erhoben und gesenkt, Allianzen für ökonomische Erpressungsmanöver missbraucht, Dollarbestände anderer Staaten werden enteignet und das internationale Zahlungssystem als politische Waffe benutzt. Damit stellen die USA die Berechnungen sämtlicher Staaten – ob Freund oder Feind – in Frage. Das ist nicht einfach der Wahnsinn eines »durchgeknallten« Präsidenten, sondern Ausdruck der Widersprüche, mit denen die US-Weltmacht ihre Vorherrschaft um jeden Preis erhalten will, auch wenn sie angesichts aufsteigender Konkurrenten an gewisse Grenzen ihrer bisher so tauglichen Mittel – US-Dollar und Militär – stößt.

Für den größten Teil der Bevölkerungen der globalen Staatenwelt heißt das: Ihr Leben ist als hoffnungsloser Kampf um Geld in Konkurrenz zu ihren Mitmenschen definiert – ob sie das wollen oder nicht. Damit nicht genug, sollen sie nun noch einiges mehr hinnehmen. Denn ihre Führungen beschließen zur Zeit weltweit, dass sie für ihre Rivalität nicht ohne härteres Vorgehen auskommen – inklusive Kriege.

Anmerkungen

1 *Foreign Affairs*, 6.8.2026, https://kurzlinks.de/jsmk

2 Von etwa 150 Milliarden US-Dollar im Jahr 2000 erhöhten sich die chinesischen Devisenreserven auf geschätzte 2,5 Billionen US-Dollar (!) im Jahr 2014. Zwar wird die genaue Zusammensetzung der chinesischen Devisenreserven nicht bekannt gegeben, der Anteil des US-Dollars lag aber bei geschätzt 65 Prozent.

3 Vgl. Johannes Schillo und Renate Dillmann: »Make Europe great again«. In: *Konkret* 12/23

→ Der erste Teil dieser Serie erschien in der gestrigen Ausgabe der *jungen Welt* vom 23. September 2026.

https://www.jungewelt.de/artikel/530415.politische-ökonomie-weltpolizist-in-bedrängnis.html